

Fernsehen als Friedensstörer

Von Otto B. Roegele

Der sozialdemokratischen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen widerfuhr im Frühjahr 1985 die Überraschung, daß sie bei der Wahl des Nachfolgers des vorzeitig aus dem Amte scheidenden Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, des Freiherrn Friedrich Wilhelm von Sell, das von ihr favorisierte Konzept nicht durchsetzen konnte. Dadurch verstört, suchte sie dem neu gewählten Intendanten Friedrich Nowotny noch vor seinem Amtsantritt Handschellen anzulegen, und zwar durch ein »Sondergesetz«, das eher die Züge einer hastigen Improvisation als die eines Rechtsaktes trug. Das Opfer wehrte sich, es fand breite Unterstützung, und unter den Stimmen, die den unverhüllten Manipulationsversuch zurückwiesen, waren auch – in moderater Lautstärke – solche von Amtsträgern der katholischen Kirche im Lande. Um so expressiver tönnte es aus dem Funkhaus zurück: Mit welchem Recht mischt sich die Kirche wieder einmal in die Belange des unabhängigen Rundfunks ein?

Die Frage entbehrte nicht der Komik. Eigentlich hätte schon längst gefragt werden müssen, mit welchem Recht sich der Westdeutsche Rundfunk immer wieder in Angelegenheiten der katholischen Kirche einmische.

Einer der spektakulärsten Fälle dieser Art betraf Kardinal Höffner. Der Erzbischof von Köln wollte von seinem Recht Gebrauch machen und eine Pfarrei – Mariae Himmelfahrt in Köln-Holweide – zwei Priestern des »Opus Dei« übertragen. Durch die polemische Berichterstattung, die der WDR seit geraumer Zeit und namentlich seit der Umwandlung des Säkularinstituts »Opus Dei« in eine Personalprälatur (23. 8. 1982) betrieb – ein erster Höhepunkt war der am 4. 5. 1984 ausgestrahlte Film »Opus Dei« – Irrenhaus Gottes?«, gab es Besorgte, Unzufriedene und Empörte in der Pfarrgemeinde. Nun sah man im Kölner Funkhaus die ersehnte Gelegenheit, den »Volkszorn« gegen den sonst schwer angreifbaren Kölner Kardinal zu lenken.

In einer lehrbuchreifen Campagne, die den massierten Einsatz der verschiedenen Hörfunk- und Fernsehprogramme der nordrhein-westfälischen Monopolanstalt vorführte – insgesamt 23 Sendungen, vom hochpolitischen »Monitor« bis zum »Musik-Pavillon«, über nationale und regionale Kanäle – wurde die Stimmung angeheizt, als gelte es, die Eroberung des Erzbistums Köln durch eine fanatische ausländische Sekte zu verhindern. Glanzstück des Unternehmens war ein am Abend des 13. Novembers 1984 ausgestrahlter, von Klaus Bednarz verantworteter »Monitor«-Beitrag, der alle gemütswirksamen Register zur Verteidigung eines »aufgeklärten« Katholizismus und zur Abwehr mittelalterlicher Bußpraktiken zog, aber mit keinem Wort auf die

beiden Priester, um deren Bestallung es eigentlich ging, informierte. Der Film schrieb dem »Opus Dei« alle erdenklichen Greuelthaten zu, die Beteiligung an Waffengeschäften und am Drogenhandel nicht ausgenommen; er ist inzwischen Gegenstand eines Prozesses vor einem Münchner Gericht geworden, in dem die Vertreter des WDR in bisher nicht zu behebende Beweisnot geraten sind. Falls ihnen keine neuen Erleuchtungen zu Hilfe kommen, läßt es sich wohl kaum vermeiden, daß aller Welt offenbar wird, wie kläglich sie einer Kolportage der schlichtesten Art aufgesessen sind, die schon von weitem als solche zu erkennen war.

Schützt die Berichterstattungsfreiheit Campagnen?

Aber nehmen wir einmal an, es hätte alles gestimmt, was die »Monitor«-Redakteure an jenem 13. 11. 1984 über die Sender des Ersten Fernsehprogramms ausstrahlen ließen. Auch und gerade dann erhebt sich nämlich die Frage, was diese Anstalt des öffentlichen Rechtes legitimiert, durch eine nicht nur berichtende, sondern offensichtlich parteiische, zu bestimmten Handlungszielen anleitende Sendung in den Rechtsbereich einer anderen Institution des öffentlichen Rechtes einzugreifen, in den Rechtsbereich der katholischen Kirche, die von Verfassungen wegen ihre eigenen Angelegenheiten selbst regelt.

Die Rundfunkleute berufen sich darauf, daß es ihre Aufgabe sei, über alle Vorgänge in der zeitgenössischen Gesellschaft berichten zu sollen und damit auch zu dürfen, wenn diese die Sphäre der Privatheit überschreiten. Aufruhr in einer katholischen Pfarrgemeinde, Widerstand gegen den Bischof – ist das nicht schon an sich ein ganz ungewöhnliches Ereignis? Wird daraus nicht sogar ein Fall von politischer Bedeutung, wenn sich der Ungehorsam gegen den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz richtet?

Das ist jedoch nicht der Punkt, auf den es hier ankommt. Was dem WDR vorzuwerfen ist, wird nicht durch die Freiheit der Berichterstattung, wie sie in Artikel 5,2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland dem Rundfunk und dem Film ausdrücklich zugesprochen wird, abgedeckt; Campagnen, Agitation, persuasive Publizistik sind privatrechtlichen Medien, wie etwa »Publik-Forum« (aus dessen Mitarbeiterstab der WDR seine Spezialisten für »Opus Dei« bezog) erlaubt, sie stehen aber nicht einer Anstalt des öffentlichen Rechtes zu, die als Preis für den privilegierten Status (und die Quasi-Steuer, die sie von den Rundfunk-Abonnenten des Sendebereichs erhebt) auf einige Spielregeln – wie Sorgfalt der Berichterstattung, Ausgewogenheit der Meinungen – festgelegt ist. Mit seiner Campagne gegen »Opus Dei« und den Kardinal von Köln hat der WDR die Grenzen überschritten, innerhalb deren er sich auf seine Berichterstattungsfreiheit berufen kann, und zwar gleich in zwei Richtungen: er hat das unbedingt zu fordernde Minimum des Bemühens

um Objektivität vermissen lassen, und er hat sich auf den Weg agitatorischer Einflußnahme begeben, er hat sich zum Parolen-Geber für die Anti-»Opus Dei«-Partei gemacht.

Kardinal Höffner, der nicht dafür bekannt ist, daß er sich zu übertriebenen Aussagen hinreißen läßt, sprach unverblümt von »Hetze« und wehrte in einem Interview mit der »Katholischen Nachrichten-Agentur« (24. 8. 1984) die gegen ihn und das »Opus Dei« gerichteten Angriffe ab. Er erwähnte, daß Papst Johannes XXIII. dem »Opus Dei« die Seelsorge in der Arbeiterpfarrei San Giovanni in Collatino (Tiburtina) übertragen habe. Der jetzige Papst habe die Pfarrei besucht und die dort inzwischen geleistete Arbeit als vorbildlich gerühmt. Wie sehr der Kardinal sich persönlich unter Druck gesetzt fühlte, zeigte seine Formulierung: »Soll ich mich nach der Hetze der Massenmedien richten?«

Der Regionalvikar des »Opus Dei« für Deutschland, Cesar Ortiz, zog das Angebot zur Übernahme der Seelsorge in der Pfarrei Mariae Himmelfahrt in Köln-Holweide zurück. Seither ist eine andere Gemeinde des Erzbistums Köln in Kreuzweingarten bei Euskirchen dem »Opus Dei« »ausgeliefert« worden – ganz ohne mißtönende Begleitmusik. Da dort schon seit Jahren ein Haus des »Werkes« für Studien und Einkehrtage existiert, kennt man die Priester des »Opus Dei« und hat keine Angst vor ihnen.

Das große, sachlich sehr aufschlußreiche Interview des Kardinals hat der WDR an sein Publikum nicht weitergegeben. Über die reibungsfreie Übernahme der Pfarrei Kreuzweingarten hat er nicht berichtet, obwohl diese doch – nach den Vorwürfen, die öffentlich gegen das »Opus Dei« erhoben worden waren – mindestens ebenso sehr als journalistische Sensation hätte gelten müssen wie die Aufregung in Köln-Holweide, die der WDR so planvoll aufbereitet hatte. Aber es sind eben die Redakteure des WDR selbst, die darüber befinden, welche Nachrichten wichtig sind und welche nicht. Kreuzweingarten durfte nicht wichtig sein, weil eine solche Nachricht dem Horror-Bild, das der WDR vermittelt hatte, widersprochen hätte. Es kam ja nicht auf vollständige und möglichst wirklichkeitsgetreue Berichterstattung an, sondern auf die Rechtfertigung einer Campagne, die ein bestimmtes Ziel verfolgte. Selten hat eine Institution der Medienwelt so viele und so eindrucksvolle Beweise für die These des Passauer Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Heinrich Oberreuter geliefert, der von der »Autokratie der Medien« und von den Journalisten als einer »Gegenelite gegen die Eliten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft«¹ spricht. Es muß nur noch das Wort Kirche hinzugefügt werden.

1 Heinrich Oberreuter, Autokratie der Medien. Verfehlen die Journalisten ihren demokratischen Auftrag? In: »Die politische Meinung« 26. Jg., Nr. 194 (1981), S. 11-21.

Nicht mehr »Kirchenfunk«

Der Fall »Berichterstattung« über Köln-Holweide steht nicht vereinzelt da, wenn er auch durch den ungewöhnlichen Einsatz der publizistischen Mittel und das Ausmaß der öffentlichen Erregung herausragt. Seit Ende der sechziger Jahre gehört es zu den regelmäßigen Erfahrungen des Radiohörers und Fernsehzuschauers, daß er, wenn er eines der »Fensterprogramme« mit kirchlichem Vorzeichen einschaltet, Propaganda für eine bestimmte theologische oder kirchenpolitische Richtung, Kritik an der »Amtskirche« und Argumente für politische Tendenzen vorgesetzt bekommt. Die dafür verantwortlichen Redaktionen in den Funkhäusern verhalten sich zwar nicht ganz einheitlich, es gibt (noch) Ausnahmen; aber auf die große Mehrheit trifft die Beschreibung zu, und darunter sind gerade jene Anstalten, die das zahlreichste Publikum zu versorgen haben. Was ist aus dem guten, alten Kirchenfunk geworden, der sich in erster Linie als Mitträger und Mitgestalter einer Verkündigungsaufgabe verstand, der seine Berichterstattungspflicht im Mittelpunkt der journalistischen Arbeit stehen sah, der auch eine lebendige Vorstellung von Recht und Rang der öffentlichen Meinung in der Kirche besaß und sich an innerkirchlichen Diskussionen kritisch beteiligte? Man kann nicht annehmen, daß die Abkehr von der früheren Formel für Kirchenfunk den Verantwortlichen in den Funkhäusern und außerhalb derselben verborgen geblieben sei. Ein weithin sichtbares Symptom der inneren Veränderung war es, als einige »Kirchenfunk«-Redaktionen diesen Namen ablegten und sich neue, weniger genaue und weniger verbindliche Bezeichnungen z. B. »Redaktion Kirche und Gesellschaft« beim NDR) zulegte. Diese Formeln waren und sind durchaus programmatisch zu verstehen. Wer die von ihnen verantworteten Sendungen kennt, kann bezeugen, daß solche Programme auch verwirklicht werden, mit unüberhörbarer Tendenz sogar.

Für diesen Wandel gibt es eine ganze Reihe von Ursachen. Die jetzt für die Einzelheiten der Programme faktisch verantwortlichen Frauen und Männer haben entscheidende Prägungen in den Jahren der Studentenrebellion erfahren. Auch wenn sie sich weder ganz mit deren Ideen identifiziert haben noch bei ihren eigenen früheren Auffassungen stehengeblieben sind, können sie doch nicht mehr das treuherzig-selbstverständliche »sentire cum ecclesia« empfinden, das die Grundlage der früheren Kirchenfunk-Arbeit war. Ihr Bild von der Kirche ist ganz anders: soziale, gesellschaftspolitische, ökologische und Sicherheitsfragen interessieren sie weit mehr als genuin theologische, dogmatische, historische, pastorale Probleme. Sie haben nicht miterlebt, wie sich die Kirche im »Dritten Reich« gegen einen übermächtigen Feind wehren mußte, wie sehr es auf den festen Zusammenhalt aller nicht vom Nationalsozialismus Verführten ankam, damit Verluste vermieden werden konnten, wie vielen Menschen Schutz vor der geistigen Überwältigung durch das Regime

geboten werden konnte, weil die Kirche ihr eigenes Haus, wenn auch unter schmerzlichen Verlusten, vor Irrlehre und Abweichung hatte freihalten können.

Der Journalisten-Generation nach 1945 waren solche Erfahrungen in Fleisch und Blut übergegangen. Ihnen mußte nicht umständlich erklärt werden, daß Institutionen auch dazu da sind, die Rechte der Einzelperson zu wahren, selbst wenn sie zuweilen als lästig, ja bedrückend empfunden werden mögen. Sie wußten noch, wie gefährlich es ist, wenn Religion, Kirche und kirchliche Lebensvollzüge nicht um ihrer selbst willen erörtert, sondern als Versatzstücke in ganz anderen Zusammenhängen (Friede, Umwelt, Rassengleichheit, Emanzipation) diskutiert, als Instrumente zur Erreichung bestimmter weltlicher Ziele gebraucht und mißbraucht werden.

Weniger verständlich erscheint es, daß die kirchlichen Verantwortlichen diesem Wandel der Dinge nicht energischer widersprochen, nicht wirksamen Widerstand entgegengesetzt haben. Daß sich die Bischöfe des Landes nicht zur Wehr setzten, als die Absetzbewegungen vom »Kirchenfunk« stattfanden, ist bis heute verwunderlich, denn über die damals vorherrschenden Absichten und die daraus sich ergebenden Konsequenzen konnte niemand im Zweifel sein.

Es gibt indessen noch andere Symptome unbegreiflicher Reaktionsschwäche gegenüber Substanzverlusten und Fehlleistungen. Auch die kirchlichen Beauftragten in den Aufsichtsgremien machen nicht durchweg den Eindruck, daß sie ihrer Kontrollaufgabe mit Wachsamkeit und Leidenschaft nachgehen. Wer den Lebens- und Arbeitsstil solcher Institutionen kennt, kann sich das schon erklären: Man will die Harmonie, deren man sich ständig gegenseitig versichert, nicht stören, keiner will aus der Reihe tanzen, auf keinen Fall darf etwas »hinausgetragen« werden. In vielleicht noch höherem Grade gilt Ähnliches von den Beziehungen, die sich zwischen den diözesanen Senderbeauftragten und den Redakteuren im Funkhaus entwickeln, ja fast unvermeidlicherweise entwickeln müssen. Beide Seiten sind auf Entgegenkommen angewiesen, wenn die tägliche Arbeit mit ihren vielen kleinen Schwierigkeiten mit möglichst geringem Reibungsverlust erledigt werden soll; deshalb bemühen sie sich, die Dinge (ihren jeweiligen Vorgesetzten und der Öffentlichkeit) im dafür günstigsten Lichte darzustellen. Schließlich sehen sie selbst die Dinge in so rosiger Beleuchtung. Mit den Jahren entwickelt sich im Hause eine »Solidarität«, die man auch als »in group-Mentalität« bezeichnen kann und die nicht allein die »festen Freien« (Mitarbeiter), sondern auch die »Ansprechpartner« draußen und Persönlichkeiten, die eigentlich ganz anderen Institutionen verantwortlich sind, ergreift und einschließt.

Nicht zuletzt ist es das persönliche Engagement, das Redakteure veranlaßt, ihre eigene Theologie, ihre eigene Kirchenpolitik und ihre eigene Politik in den Programmfenstern, über die sie gebieten, dem Publikum zu präsentieren.

Der »Moderator« Franz Alt kann hier als Musterbeispiel angeführt werden. In striktem Gegensatz zu der Bezeichnung seiner Rolle in dem Fernsehmagazin »Report« hat er sich dort und anderswo als Missionar für Frieden, Liebe und »Cap Anamur« etabliert, und niemand kann ihn daran hindern, weil Funktionen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen als unveräußerlicher Besitz derer, die sie innehaben, gelten, einschließlich des Rechtes, sich allemal dem Volke auf dem Bildschirm zu zeigen.

Daß persönliche Betroffenheit und Engagement bei kirchlichen Themen intensiver zu sein pflegen als sonst, liegt in der Natur der Sache. Es fällt nun einmal leichter, über Fußball oder Verbrauchertests *sine ira et studio* zu berichten als über die »Theologien der Befreiung« oder das »Opus Dei«. Wenn der Redakteur ein Studium der Theologie (ganz oder teilweise) absolviert hat, ist es gewiß, daß sein Denken und Reden von einer bestimmten Richtung (mit)bestimmt wird, auch wenn er sich einer solchen selbst nicht zugerechnet wissen will.

Der Katholikentag in der Wirklichkeit und in den Medien

An einem Katholikentag können bestenfalls einige Hunderttausend Menschen teilnehmen. Werden, wie es erfreulicherweise Tradition geworden ist, die Schlußkundgebung und der Hauptgottesdienst vom Fernsehen bundesweit »live« übertragen, sind es zehn bis fünfzehn Millionen Zuschauer in allen Teilen Deutschlands und in den Nachbarstaaten, die mit Augen und Ohren von diesen Ereignissen Kenntnis nehmen können. So problematisch es in mancher Hinsicht sein mag, daß die größten Veranstaltungen eines Katholikentages nicht mehr allein (und vielleicht nicht einmal mehr in erster Linie) für die leiblich Anwesenden geplant, vorbereitet, »inszeniert« und abgehalten werden, sondern nach Regeln, die von den Regie-Erfahrungen der Medienspezialisten ausgehen und das erfolgreiche »Ankommen« auf dem Bildschirm sichern sollen, so begreiflich ist es doch, daß die Kirche eine solche Möglichkeit der Multiplikation, wird sie ihr geboten, nicht ungenutzt läßt. Handelte sie anders, wäre die immense Anstrengung von Tausenden, die für einen Katholikentag jedesmal aufgewandt werden muß, zum größten Teil »verschenkt«; diese tritt, innerweltlich betrachtet, erst dann in eine vernünftige Relation zum Effekt, wenn ihr Ergebnis Millionen nahegebracht wird; und wie könnte es nahegebracht werden als dadurch, daß die elektronischen Medien es in die Wohnzimmer-Intimität der Familien hineintragen? Die Problematik, die sich hier zeigt, unterscheidet sich von dem bei den großen Pastoralreisen des Papstes auftretenden Dilemma nur dadurch, daß sie sich in zweijährigen Intervallen wiederholt.

Nun sind es nicht allein die in voller Länge ausgestrahlten Hauptfeiern, die von Fernsehen und Radio direkt übertragen werden, die das Bild des

Millionen-Publikums vom Katholikentag bestimmen. Daneben gibt es eine Fülle von Berichten, Kommentaren, Interviews, Diskussionsausschnitten und Mischformen aus alledem, die vor, während und nach dem Ereignis über die Sender gehen, auch gehören Katholikentage zu den Spitzenthemen der abendlichen Nachrichtensendungen. Die Live-Übertragung sichert die Authentizität des Wortes. Bei der Übermittlung des Bildes läßt sie den Regisseuren und Kameralenten viel Freiheit, auf welche Details von Redner, Publikum und Szenerie sie das Objektiv – und damit den Zwangsblick des Zuschauers – richten wollen. Bei den aufgezeichneten, bearbeiteten, gekürzten, »gegeneinander« geschnittenen, gemixten, in Eigenbeiträge eingebetteten Sendungen steht es mit der Authentizität noch viel schlechter. Selbst die Auswahl dessen, was in den großen Nachrichtensendungen dargeboten wird, sagt oft mehr über die persönliche Option des Redakteurs als über das Ereignis Katholikentag aus.

Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, haben zugenommen mit der innerkirchlichen Pluralität, mit dem Heraufkommen von Oppositionsgruppen politischer, kirchlicher und gemischter Programmatik in den Veranstaltungen und im Umfeld des Katholikentages. Es ist zur Regel geworden, daß sich in zeitlicher und örtlicher Parallelität zum Katholikentag eine alternative Tagung etabliert, getragen von einem Konglomerat von Gruppen, die den bezeichnenden, da ihr Kirchenverständnis offenbarenden Namen »Katholikentag von unten« gewählt haben und aus dem parasitären Modus ihrer Veranstaltung großen Gewinn ziehen. Der »große« Katholikentag holt auch die Wortführer dieser alternativen Gruppen zu seinen Veranstaltungen heran, weil er das Insgesamt des deutschen Katholizismus repräsentieren will, so daß sich diesen zwei Ebenen der Wirkung bieten. Entweder gibt es in den Funkhäusern erstaunlich viele Sympathisanten der Gruppen, die den »Katholikentag von unten« ausrichten, oder es liegt an der Übertragung des Parteienproporz-Prinzips auf die kirchliche Berichterstattung – jedenfalls hat sich ein Zustand entwickelt, der zum intensiven Nachdenken über die offensichtliche Diskrepanz zwischen dem »Katholikentag in der Wirklichkeit« und dem »Katholikentag in Fernsehen und Radio« zwingt.

Da sich die Verantwortlichen des Rundfunks für Kritik am Tun ihrer Mitarbeiter nicht sonderlich zugänglich zeigten und konkrete Einwendungen als unbeachtlich übergingen, hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken Hilfe aus der Wissenschaft geholt, um eine solide Grundlage für die Beurteilung zu gewinnen. Um sicher zu gehen, gab man zwei Gutachten² bei Autoren aus verschiedenen wissenschaftlichen Schulen in Auftrag: Professor

2 Die beiden Gutachten wurden am 7. 10. 1985 in der Sektion Politik- und Kommunikationswissenschaft während der Jahresversammlung der Görres-Gesellschaft in Osnabrück vorgestellt und diskutiert.

Dr. Hans Wagner, Wortführer der Münchner Schule der Zeitungswissenschaft, analysierte die Berichterstattung des Fernsehens über den Katholikentag in Düsseldorf 1982, Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger und Dr. Wolfgang Donsbach vom Institut für Publizistik in Mainz befaßten sich mit dem Bild, das im Fernsehen vom Katholikentag in München 1984 wiedergegeben wurde.

In Fachkreisen hatte wohl kaum jemand erwartet, daß die beiden Gutachten zu weitgehend übereinstimmenden Ergebnissen kommen würden, da die Verfasser an verschiedenen theoretischen Ausgangspunkten ansetzten und auch verschiedene Methoden anwandten. Noch im Sommer 1983 versuchten Mitarbeiter des Zweiten Deutschen Fernsehens, die Aussagekraft der Wagner-Studie zu bestreiten, indem sie auf deren »unorthodoxe Methoden« hinwiesen. (Die Verantwortlichen der ARD, an ihrer Spitze die Leitung des WDR, ließen sich auf eine ernsthafte Diskussion der Düsseldorf-Untersuchung gar nicht ein, sondern begnügten sich mit entrüsteter Zurückweisung.) Nach dem Vorliegen der mit »orthodoxen Methoden« erarbeiteten Ergebnisse von Kepplinger und Donsbach wird es schwerfallen, die Beschreibung der Defizite der Vermittlungsleistungen der beiden Fernsehsysteme, soweit sie übereinstimmt, als unbegründet zurückzuweisen.

Es versteht sich von selbst, daß, da das Substrat der beiden Untersuchungen nicht nur nicht dasselbe, sondern ungleich war, die Ergebnisse nicht unmittelbar vergleichbar sind. Der Katholikentag in Düsseldorf verlief nach Thema, Programm, Gesamtstimmung, Personen und Stadt-Ambiente erheblich anders als der Katholikentag in München. In Düsseldorf war der WDR die für die Berichterstattung im 1. Fernsehprogramm zuständige Anstalt, in München war es der Bayerische Rundfunk. Die Übereinstimmungen, die sich beim Vergleich der Untersuchungsergebnisse trotzdem entdecken lassen, fallen um so schwerer ins Gewicht.

Hans Wagner konstatiert für Düsseldorf einen deutlichen Unterschied zwischen der Tagesberichterstattung der ARD, die er »in hohem Maße einseitig, tendenziös und manipulativ« nennt, und dem großen Abschlußbericht im 1. Programm, dem er Ausgewogenheit bescheinigt. Bei der Tagesberichterstattung seien einfachste Regeln des journalistischen Handwerks nicht beachtet worden. Auch dem ZDF erteilt dieser Gutachter eine schlechte Zensur: Die Berichterstattung im Mainzer Programm sei »Hofberichterstattung für den Katholikentag von unten« gewesen. Beide Programme hätten Randgruppen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Berichterstattung eingeräumt, wobei »Orientierungskriterien«, die den Fernsehzuschauer »instand gesetzt hätten, Randgruppen und Randgeschehnisse überhaupt als solche zu erkennen«, nicht mitgeliefert worden seien. Wagners Fazit lautet: »Im wesentlichen wurde durch die Fernsehberichterstattung beider Programme dem Zuschauer ein Bild vom Katholikentag vermittelt, das weniger

mit dem wirklichen Katholikentag als sehr viel mit dem zu tun hatte, wie die Berichterstatter sich den Katholikentag wünschten.«

Privilegierung der Protestgruppen

Die beiden Wissenschaftler aus Mainz, H. M. Kepplinger und W. Donsbach, äußern sich in ihrer Untersuchung des »Medienbildes« vom Katholikentag in München etwas zurückhaltender in der Tonlage, in der Sache jedoch nicht weniger deutlich als H. Wagner. Sie waren so vorgegangen, daß sie vor allem die Themen- und Personenstruktur des »wirklichen« Katholikentages 1984 mit der Themen- und Personenstruktur der von der ARD, dem ZDF und dem Bayerischen Fernsehen gelieferten Darstellungen verglichen.

Was die Themen angeht, die von den »journalistisch aufbereiteten«, also nicht direkt übertragenen Teilen des Programmes vermittelt wurden, ergab sich ein eklatanter Unterschied zur Wirklichkeit. Beim »realen« Katholikentag hatten Fragen des Glaubens und der Weltaufgaben der Kirche im Vordergrund gestanden. Die Fernsehberichterstattung dagegen befaßte sich hauptsächlich mit dem Ablauf und der Organisation des Ganzen und mit politischen Themen.

Vor allem die Nachrichtensendungen erweckten den Eindruck, als beherrschten Fragen der Politik den Katholikentag. Einige der neun Hauptthemen seien fast völlig vernachlässigt worden: Kunst in der Kirche, Leben, Lebensmut, Arbeit und Arbeitslosigkeit, Widerstand und Drittes Reich. Auch von der Rolle der Persönlichkeiten, die am Katholikentag mitwirkten, sei ein verkehrtes Bild vermittelt worden: In der Wirklichkeit hätten die Kirchenmänner vor allem über Glauben und Bekenntnis gesprochen, im Fernsehen habe man sie überwiegend mit Aussagen über Organisations- und politische Fragen auftreten lassen. Ähnliche Akzentverschiebungen habe es bei den Politikern gegeben. Im übrigen hätten die Berichterstatter ihr Amt dazu benutzt, sich selbst zu Wort zu melden, oft mit wertenden Äußerungen. Besonders im ZDF seien Amtsträger der Kirche nur sehr selten zu Gehör gebracht worden. Auch H. M. Kepplinger und W. Donsbach stellen eine Privilegierung der Protestgruppen fest, zumal in Nachrichtensendungen.

Die beiden Mainzer Gutachter bescheinigen den Veranstaltern, daß es ihnen nur in einem einzigen der großen Themen ganz gelungen sei, »ihr Anliegen den Fernsehzuschauern mitzuteilen«, nämlich beim »Bekenntnis zum Leben«; ansonsten seien »die katholische Kirche als eine der tragenden Säulen sowie die im Leitmotiv angesprochene Thematik überwiegend negativ dargestellt« worden. Also auch hier: Der Katholikentag im Fernsehen war ein ganz anderer als der »wirkliche« Katholikentag. Denn: »Die Themenstruktur der Berichterstattung entsprach . . . eher der etablierten Themenstruktur des aktuellen Journalismus als der Themenstruktur der Veranstaltung«.

Standardisierte Routine und Realität

Auch dann, wenn keine systematische Campagne inszeniert wird, wenn keine tendenziöse Nachrichten-Auslese erfolgt, wenn nicht ein publizistisches Ziel bewußt verfolgt wird, wenn die Beteiligten ohne schlimme Absicht ihr tägliches Handwerk betreiben, kommt es immer wieder zu Situationen, in denen das Fernsehen (wie andere Kommunikationsmedien) als Störer des innerkirchlichen Friedens wirken. Das hängt mit der »etablierten Themenstruktur des aktuellen Journalismus« zusammen, mit den Regeln, nach denen Journalisten überall in der Welt, wo sie ohne staatliche Bevormundung arbeiten, Nachrichten auswählen und präsentieren, und zwar nicht zum eigenen Vergnügen, sondern aus der Erfahrung, daß das Publikum solche Kost am bereitwilligsten entgegennimmt. Es handelt sich um ein in Jahrhunderten gut eingespieltes Rückkoppelungssystem, dessen Mechanismen zwar alle kennen, aber alle auch immer wieder gerne vergessen, um in ihrer Neugier-Befriedigung nicht irritiert zu werden. Was Journalisten dabei tun, tun sie als (wenn nicht von Amts wegen bestellte, so doch durch die Kaufbeziehung legitimierte) Auftragsverwalter des Publikums. Das gilt unvermindert auch für Journalisten, die sich zu Recht als Diener einer guten Sache verstehen. Nähmen sie auf die Bedürfnisse ihrer Zielpartner keine Rücksicht, wäre es um die Voraussetzungen für die Wirkung ihres Blattes geschehen. Eine Zeitung, die nicht gelesen wird, kann nicht wirken, selbst wenn sie bezahlt werden sollte.

Die Regeln, nach denen Journalisten Nachrichten auswählen und bearbeiten, sind so gut wie überall die gleichen und seit langem bekannt. Schon 1922 sprach Walter Lippmann³ von »Nachrichtwerten« (*news values*), die das Auswahlverhalten bestimmten: u. a. Überraschung, Konflikt, persönliche Betroffenheit, räumliche Nähe. Er wollte damit nicht »Gesetze« aufstellen, sondern die »standardisierte Routine« beschreiben. Seither hat die Nachrichtenforschung eine Fülle von Material zusammengetragen, dessen Auswertung zwar eine Verfeinerung, aber keine grundlegende Einschränkung der Feststellungen W. Lippmanns zur Folge hatte. Einar Östgaard⁴ wies z. B. nach, daß Nachrichten nicht nur nach ihrer Verständlichkeit ausgesucht, daß sie vielmehr oft mit einiger Gewaltbarkeit verständlich gemacht werden, durch Vereinfachung, Weglassung von Einzelheiten usw. Weitere Erkenntnisse brachten Untersuchungen von Johan Galtung und Mari H. Ruge,⁵ die Auslandsberichte unter die Lupe nahmen. Sie fanden heraus, daß ein

3 Walter Lippmann, *Public Opinion*. New York 1922. – Zum Thema neuerdings: Jürgen Wilke, *Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten*. Berlin 1984.

4 »*Journal of Peace Research*«, 2 (1965), S. 39ff.

5 Ebd., S. 64ff.

Ereignis, das mehrere Interpretationen zuläßt, eine geringere Chance hat, zur Nachricht zu werden, als ein Ereignis, das sich eindeutig einreihen läßt. Auch Kontinuität spielt eine Rolle: Hat ein Thema erst einmal Aufmerksamkeit erreicht, finden Folge-Ereignisse aus diesem Bereich leichter öffentliche Beachtung als andere, ganz neue.

Zunehmend wichtiger wird die Tendenz zur Personalisierung. Das galt und gilt schon für die Druckmedien: Es bereitet weniger Mühe, ein Ereignis, einen Sachverhalt mit einer schon bekannten Persönlichkeit darzustellen, als komplizierte Sachzusammenhänge aufzuzeigen. Das Fernsehen hat die Tendenz zur Personalisierung noch erheblich verstärkt, weil es einer Art Bebilderungszwang unterliegt. Es ist nicht »mediengerecht«, daß eine Nachricht von einer Person abgelesen wird – das wäre der verpönte »gefilmte Hörfunk«, nicht Fernsehen –, es muß eine (womöglich bewegte) Illustration des Ereignisses hinzugefügt werden, um das visuelle Verlangen des Zuschauers zu befriedigen. Ist das Flugzeug, dessen Absturz zu melden ist, nicht gefilmt worden, muß ein Foto desselben Typs herhalten.

Manchmal führt diese »standardisierte Routine« zu grotesken Ergebnissen. Zu einer Nachricht über Kardinal Evaristo Arns von São Paulo erscheint dann auf dem Bildschirm nicht dessen Bild, sondern ein Portrait von Leonardo Boff, obwohl die Nachricht mit dem Franziskanerprofessor aus Petropolis überhaupt nichts zu tun hat. Ein Relativsatz rechtfertigt dann den Griff ins Fotoarchiv: »Kardinal Arns, der sich mehrfach mit dem vom Vatikan gerügten Befreiungstheologen Boff solidarisch erklärt hat . . .« Das Muster wird gerne gebraucht, trifft es doch drei Fliegen mit einem Schlag: Der Kardinal wird als einer der »Guten« gekennzeichnet, weil er für den Verfolgten eintritt, der Held Boff wird in Erinnerung gerufen, und es wird erneut eingeschärft, daß es der »Befreiungstheologe« Boff ist, den Rom unterdrückt, was viel einfacher und eindrucksvoller erscheint als die Wahrheit, daß die »Verfolgung« wegen seiner Äußerungen über Wesen und Verfassung der Kirche verhängt wurde und im übrigen darin besteht, daß er veranlaßt wurde, seiner Residenzpflicht und seinen Lehraufgaben in Petropolis zu genügen, statt eine Vortragsreise durch den Rest der Welt anzutreten.

Galtung und Ruge haben als einen besonders wichtigen »Nachrichtenwert« den »Negativismus des Ereignisses« ermittelt. Spätere Forscher⁶ schränkten die Bedeutung dieses Faktors etwas ein, indem sie auf »positive« Anlässe, wie Preisverleihungen, Erfindungen, Jubiläen, hinwiesen. Im großen und ganzen überwiegen jedoch eindeutig die aggressiven Handlungen, Katastrophen und Konflikte, Verbrechen und Gefahren.

6 Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg 1976.

Politiker und Intellektuelle aus Staaten der Dritten Welt führen seit vielen Jahren Klage darüber, daß Informationen über ihre Länder zu spärlich und fast immer negativen Inhalts seien: Korruptionsfälle, Putsche, Hungerkrisen würden reichlich gemeldet, vom Fleiß der kleinen Leute, von geordneter Verwaltung, vom erfolgreichen Kampf gegen den Analphabetismus, von der ganz normalen Tätigkeit der Regierungen erfahre die Welt nichts. Diese Vorwürfe haben ihren Niederschlag nicht allein in Reden und Resolutionen gefunden, sondern auch in dem der UNESCO vorgelegten Bericht der MacBride-Kommission über die Kommunikationsprobleme der heutigen Welt. Darin heißt es: »Das weitverbreitete Konzept der Nachrichtenwerte wird wegen der übermäßigen Betonung des Abweichens vom Normalen und wegen des mangelnden Interesses an positiven Nachrichten kritisiert.«⁷

Was die Sprecher aus der Dritten Welt beklagen, ist die Folge der gleichen »standardisierten Routine«, der »etablierten Themenstruktur« des heutigen Journalismus, unter deren Einfluß auch die Berichterstattung über Katholikentage und Papstbesuche, theologische Kontroversen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Gruppen und Richtungen in der Kirche zustande kommt. Die technische Perfektion des Nachrichtenwesens hat den »Informationshorizont« weltweit ausgespannt. In früheren Jahrhunderten blieb die Kenntnis solcher Vorgänge in aller Regel auf den Ort des Geschehens begrenzt. Heute kann jeder Kaplan, der mit seinem Pfarrer Streit bekommt, mindestens nationaler Beachtung gewiß sein. Jedenfalls hat er mehr Aussicht, in die Zeitung zu kommen, als der altgediente Seelsorger im Nachbardorf, der fünfzig Jahre lang seinen Dienst versah, ohne durch einen »Nachrichtenwert« seines Verhaltens aufzufallen.

Es mag als ganz ungenügend erscheinen, wenn als Therapie für solche Zustände nur die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Kirche und in der Kirche, die Verstärkung der Bemühungen um die Aus- und Weiterbildung der Journalisten und der Ausbau der von der Kirche selbst getragenen Publikationsmittel angeführt werden können. Die Vorbeugung ist einfacher, billiger und rascher wirksam: Wer die »Nachrichtenwerte« stets mitbedenkt, wenn er Nachrichten aufnimmt, immunisiert sich gegen die schädlichen Nebenwirkungen.